

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich

Birgit Bujard

Auch in der zweiten Jahreshälfte von 2020 blieben die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und ihrem ehemaligen Mitglied über die künftigen Beziehungen schwierig. Doch im Dezember 2020, kurz vor Ablauf der Übergangsphase, während der das Vereinigte Königreich (VK) noch Teil des europäischen Binnenmarktes und der Zollunion war, einigten sich beide Seiten auf ein Abkommen, das ein sehr distanzierendes künftiges Verhältnis zur Folge haben würde. Trotz dieser vertraglichen Regelung blieben die EU-britischen Beziehungen schwierig. Vor allem das Nordirland-Protokoll – 2019 mit dem Austrittsvertrag ausgehandelt und seit dem 1. Januar 2021 in Anwendung – barg viel Zündstoff für Auseinandersetzungen. Zugleich zeigte sich weiterhin, welche Belastung der Brexit für den Zusammenhalt der britischen Union darstellte. Dies betraf vor allem die Beziehung zwischen Schottland und London sowie die fragile politische Situation in Nordirland.

Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen EU und Vereinigtem Königreich

In den im März begonnenen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich über ihre künftigen Beziehungen hatte es bis Juni 2020 keine großen Fortschritte gegeben.¹ Beträchtliche Differenzen gab es seit Beginn etwa bei Wettbewerbsregeln („Level Playing Field“), dem rechtlichen Rahmen für die künftigen Beziehungen und der Fischereipolitik.² Am 15. Juni 2020 sprach der britische Premierminister Boris Johnson – aufgrund der anhaltenden Covid-19-Pandemie per Videokonferenz – erstmals direkt mit den PräsidentInnen der EU-Institutionen Ursula von der Leyen (Europäische Kommission), Charles Michel (Europäischer Rat) und David Sassoli (Europäisches Parlament) über den Verhandlungsstand. Man einigte sich auf eine Intensivierung der Gespräche über den Sommer. Drei Tage zuvor hatte London angekündigt, keine Verlängerung der am 31. Dezember 2020 endenden Übergangsphase zu beantragen.³ Auch nach diesem Gespräch ließ sich nicht erkennen, dass sich beide Seiten in den zentralen Verhandlungsfragen aufeinander zubewegten und die Verhandlungen blieben schwierig.

Vor der achten Verhandlungsrunde im September 2020 versuchte Johnson den Druck auf die EU zu erhöhen, indem er als Frist für den Abschluss eines Abkommens den 15. Oktober 2020 nannte. Andernfalls wolle er die Verhandlungen abbrechen. Zeitgleich veröffentlichte seine Regierung mit dem „Internal Market Bill“ einen Gesetzentwurf zur Regelung des britischen Binnenmarkts nach dem Ausscheiden des Landes aus dem europäischen Pendant. Der Gesetzentwurf enthielt Passagen, die eine einseitige Änderung der

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

2 Der Spiegel: Vier Monate, vier Gesprächsrunden, kein Fortschritt, 5.6.2020; Thomas Gutschker: Kaum Fortschritt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.2020.

3 BBC News: Brexit: New momentum needed in trade talks, say UK and EU, 15.6.2020; Barbara Moens: UK formally rejects Brexit transition period extension, in: Politico, 12.6.2020.

Nordirland-Beschlüsse des ratifizierten Austrittsvertrags vorsahen. Nordirland-Minister Brandon Lewis bestätigte im Unterhaus, dass die Regierung mit dem Gesetz internationales Recht breche – „in einer spezifischen und begrenzten Weise“.⁴ Kritik am Vorhaben kam nicht nur von der EU und Mitgliedern des US-Kongresses, sondern auch aus den eigenen Reihen wie vom ehemaligen konservativen Parteivorsitzenden und Brexit-Unterstützer Michael Howard.⁵ Die Europäische Kommission leitete Anfang Oktober 2020 aufgrund des geplanten Gesetzes ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das VK ein.⁶ Die Verhandlungen über ein Abkommen gingen indes im September und Anfang Oktober 2020 weiter, allerdings zeigten sich beide Seiten skeptisch bezüglich etwaiger Erfolgchancen.⁷ Der Europäische Rat stellte bei seinem Treffen am 15./16. Oktober 2020 fest, dass die Verhandlungen bei den für die EU zentralen Fragen für eine Einigung noch nicht ausreichend vorangeschritten seien.⁸ Bereits vor Ende des Gipfels reagierte Premierminister Johnson und warf der EU mangelndes Interesse an einer Einigung vor. Er erklärte, nun von einem „No Deal“ auszugehen. Weitere Verhandlungen könne es erst geben, wenn die EU ihr Angebot umfassend ändere, so Johnson.⁹ Doch schon eine Woche später nahm die Regierung in London eine Rede des Beauftragten der Europäischen Kommission für die Verhandlungen zum EU-Austritt des VK, Michel Barnier, im Europäischen Parlament zum Anlass, um zum Verhandlungstisch zurückzukehren.¹⁰

Noch immer stellte das Binnenmarktgesetz einen Stolperstein dar. Am 9. November 2020 votierte das britische Oberhaus mit 433 zu 165 Stimmen für die Streichung der strittigen Passagen aus dem Gesetzesentwurf. Die Regierung fügte diese vor der nächsten Abstimmung im Unterhaus wieder ein und das Unterhaus stimmte dem zu.¹¹ Im Dezember 2020 gab es im Gemeinsamen Ausschuss, dem gemeinsamen Gremium von EU und VK zur Überwachung der Umsetzung des Austrittsvertrags, eine Einigung zu Umsetzungsfragen des Nordirland-Protokolls und die britische Regierung erklärte, sie werde die strittigen Passagen aus ihrem Binnenmarktgesetz entfernen.¹² Die Einigung betraf die temporäre britische Befolgung von EU-Vorschriften zu Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit nach der Übergangsphase bei Lieferungen von Großbritannien nach Nordirland und beinhaltete mehrere Übergangsphasen. Dazu gehörte auch eine sechsmonatige Karenzfrist für den Transport gekühlter Fleischprodukte von Großbritannien nach Nordirland.¹³

Die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen kamen allerdings weiterhin nicht zu einem erfolgreichen Abschluss. Ein gemeinsames Abendessen von Kommissionspräsi-

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung: London will bei Brexit-Vertrag internationales Recht brechen, 9.9.2020.

5 Jochen Buchsteiner: Ein Schritt zu weit?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.9.2020.

6 Jim Brunsden: Brussels sues UK over plans to breach Brexit agreement terms, in: Financial Times, 2.10.2020.

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Skepsis über Abkommen, 5.10.2020.

8 Europäischer Rat: Schlussfolgerungen, 16.10.2020, EUCO 15/20.

9 Jochen Buchsteiner/Thomas Gutschker: Verhandlungen gescheitert?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2020.

10 Die Welt: Großbritannien kehrt an Verhandlungstisch zurück, 21.10.2020.

11 Lisa O'Carroll/Jessica Elgot: Boris Johnson to press on with Brexit bill despite Lords defeat, in: The Guardian, 9.11.2020; Chris Morris: Brexit: Why is the Internal Market Bill controversial, in: BBC News, 8.12.2020.

12 Europäische Kommission: Joint Statement by the co-chairs of the EU-UK joint committee, 8.12.2020, STATEMENT/20/2346.

13 Tony Connelly: UK to remain aligned with EU rules for agri-food products destined for Northern Ireland, in: RTE News, 10.12.2020.

dentin von der Leyen und Johnson am 9. Dezember 2020 blieb ergebnislos. Die Verhandlungen gingen weiter. Differenzen blieben vor allem bei der Fischerei und den Level Playing Field-Regeln.¹⁴ Der Premier bemühte sich parallel um Gespräche mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, um die Europäische Kommission zu umgehen. Beide lehnten ab.¹⁵ Doch am 24. Dezember 2020 verkündeten die Europäische Union und das Vereinigte Königreich den Abschluss eines Abkommens. Es würde zunächst vorläufig in Kraft treten, damit es keine Regelungslücke nach dem 1. Januar 2021 gäbe. Die Prüfung und Ratifikation des Abkommens würden im neuen Jahr durch das Europäische Parlament geschehen. Am 30. Dezember 2020 unterzeichneten Ursula von der Leyen, Charles Michel sowie Boris Johnson das Abkommen.¹⁶

Das Handels- und Kooperationsabkommen

Das Handels- und Kooperationsabkommen zeigte, wie hart der Brexit war, den die Johnson-Regierung, die staatliche Souveränität gegenüber ökonomischer Integration priorisierte, durchgesetzt hatte und wie distanziert das künftige Verhältnis zur EU sein würde. Beim Handel war es das vom Europäischen Rat 2018 angebotene Freihandelsabkommen ohne Zölle und Quoten, aber mit Ursprungsregeln im Güterhandel.¹⁷ Ergänzt wurde es durch Level Playing Field-Regelungen, die weitreichender sind als in anderen bisher abgeschlossenen Handelsverträgen der EU. Es enthielt zwar Vereinbarungen zum Dienstleistungshandel, diese gingen allerdings kaum über das hinaus, was neuere EU-Handelsabkommen üblicherweise enthalten.¹⁸ Beim großen Streitpunkt der Fischerei gab es zwar keine Beibehaltung bestehender Regelungen, wie von der EU zunächst gefordert. Allerdings war die Einigung näher an dem, was die EU wollte, als was das Vereinigte Königreich ursprünglich als Ziel formuliert hatte.¹⁹ Beide Seiten vereinbarten zudem die weitere enge Zusammenarbeit in der inneren Sicherheit. Doch spiegelte sich in den Vereinbarungen der neue britische Status als Drittstaat außerhalb des Schengenraums wider.²⁰ Das Abkommen sah – anders als der Austrittsvertrag von 2019 – keine Rolle für den Gerichtshof der Europäischen Union in der Governance-Struktur und bei der Streitschlichtung vor.²¹ Noch offen zum Jahresende 2020 waren Äquivalenzentscheidungen zu Finanzdienstleistungen und Datenschutz, die die EU unilateral treffen würde. Das Abkommen beinhaltete hier nur Übergangsregelungen. Zudem enthielt es keine Vereinbarungen zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. London hatte dies abgelehnt.²² Bei Bildung und Forschung hatte sich das Land zwar für eine weitere Beteiligung am Horizon-Programm entschieden, doch verließ es das Erasmus-Austauschprogramm. Es kündigte ein

14 George Parker et al.: Brexit is done. What happens next?, in: Financial Times, 23./24.1.2021.

15 Naomi O'Leary: Merkel and Macron refused approaches from Johnson and opted for united front, in: The Irish Times, 11.12.2020.

16 Christina Gallardo: Boris Johnson signs post-Brexit trade deal, in: Politico, 30.12.2020.

17 Europäischer Rat: Leitlinien (Artikel 50), 23.3.2018, EUCO XT 20001/18.

18 Billy Melo Araujo: Brexit trade problems: what's gone wrong and can it be fixed?, in: The Conversation, 14.1.2021.

19 Bryce Stewart: What does the trade deal mean for fisheries?, in: UK in a changing Europe, 27.12.2020.

20 Institute for Government: UK–EU future relationship: the deal, Law and Justice, abrufbar unter <https://www.instituteforgovernment.org.uk/publication/future-relationship-trade-deal/law-justice> (letzter Zugriff: 30.6.2021).

21 Stefano Fella et al.: The UK-EU trade and cooperation agreement: summary and implementation, in: House of Commons Library Briefing Paper Nr. 09106, 30.12.2020, S. 15.

22 Bryan Bille/Noé Morin: The TCA is the start of the UK-EU future relationship, in: UK in a changing Europe, 12.1.2021.

eigenes global ausgerichtetes Programm an, das allerdings keine ausländischen Studierenden an britischen Universitäten fördern würde.²³

Das Abkommen im Parlament

Die Ratifikation des Abkommens über die künftigen Beziehungen mit der EU im britischen Parlament hatte nichts von dem Drama der Ratifikation des Austrittsvertrags in den vorangegangenen Jahren. Bereits am 24. Dezember 2020 hatte der Parteivorsitzende der oppositionellen Labour-Partei Sir Keir Starmer die innerhalb seiner Partei nicht unumstrittene Ankündigung gemacht, dass Labour für das Abkommen stimmen werde. Zwar kritisierte er das Abkommen als dünn, aber nannte es eine binäre Entscheidung zwischen einem „No Deal“ und der vorliegenden Einigung mit der EU.²⁴ Mit einer Mehrheit von 448 Stimmen (521 zu 73 Stimmen) ratifizierte das Unterhaus am 30. Dezember 2020 das Abkommen. Mit Ausnahme der Labour-Partei stimmten alle Oppositionsparteien inklusive aller nordirischen Parteien dagegen. Das schottische und das nordirische Parlament lehnten das Abkommen ebenfalls ab. Der Senedd in Wales stimmt zwar dafür, jedoch bezeichnete der walisische First Minister Mark Drakeford das Abkommen als eine Enttäuschung. Rechtlich bindend war nur das Votum in Westminster.²⁵

Das neue Handelsverhältnis zur Europäischen Union

Im Januar 2021 zeigte sich erstmals das neue Verhältnis zwischen EU und VK aufgrund der neuen Barrieren im Warenhandel, mit denen Unternehmen umgehen mussten. Störungen der Lieferketten gab es an vielen Stellen, wie etwa beim Export von Fisch- und Schalentierprodukten aus dem VK aufgrund der neuen Regelungen zu Zöllen und Lebensmittelstandards oder beim Paketdienstleister DPD, der vorübergehend Lieferungen von Großbritannien in andere europäische Länder einstellte. In Nordirland beschwerten sich BürgerInnen über fehlende Frischwaren in den Supermärkten.²⁶ Im Mai 2021 veröffentlichte die britische Statistikbehörde Office for National Statistics (ONS) die Außenhandelszahlen für das erste Quartal 2021. Ihr zufolge waren Güterimporte im ersten Quartal 2021 im Vergleich zum vierten Quartal 2020 um 12,3 Prozent gefallen, Exporte um 8,7 Prozent. Bei den Güterimporten war das Volumen aus EU- und aus Nicht-EU-Staaten gesunken. Doch bei den Güterexporten waren nur die in die EU zurückgegangen. Zugleich lag die Menge der Warenimporte von außerhalb der EU erstmals seit Januar 1997 höher als die aus EU-Mitgliedstaaten. Aufgrund der Pandemie, der Rezession und des kurzen Beobachtungszeitraums, so der ONS, sei es aber noch zu früh, um festzustellen, ob es sich dabei um kurzfristige Schwankungen oder um eine langfristige Anpassung von Lieferketten handle.²⁷

Konfliktfelder im Verhältnis von EU und VK

Die andauernde Pandemie wirkte sich auch auf das EU-britische Verhältnis aus. War im VK vor allem der Premierminister noch im Jahr 2020 scharf für seine Pandemiepolitik

23 Elisabeth Gibney: What the landmark Brexit deal means for science, in: Nature, 5.1.2021.

24 Rajeev Syal: Keir Starmer faces Labour frontbench revolt over Brexit deal, in: The Guardian, 25.12.2020.

25 Severin Carrell/Rory Carroll: Holyrood and Stormont reject 'disastrous' Brexit trade deal, in: The Guardian, 30.12.2020.

26 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Britische Unternehmen spüren Brexit-Folgen, 9.1.2021.

27 Office for National Statistics: UK trade: March 2021, 12.5.2021, abrufbar unter: <https://www.ons.gov.uk/economy/nationalaccounts/balanceofpayments/bulletins/uktrade/march2021> (letzter Zugriff: 30.6.2021).

kritisiert worden, so änderte sich dies zu Beginn des Jahres 2021. Die britische Regierung startete früher als die EU-Mitgliedstaaten mit der Impfung der Bevölkerung gegen das Virus und argumentierte, die erfolgreiche Impfkampagne sei dem EU-Austritt zu verdanken gewesen. Zugleich profitierte das Land von Impfstoffexporten aus der EU, während es eigene Exporte dorthin zurückhielt.²⁸ Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich 2020 für eine gemeinsame Impfstoffbeschaffung unter Leitung der Europäischen Kommission entschieden. Die EU-weite Impfkampagne lief allerdings zu Beginn des Jahres – im Vergleich zu der im VK besonders sichtbar – zunächst schleppend an. Im Januar verhängte die Europäische Kommission zudem Exportkontrollen für Impfstoffe, was zu vehementer Kritik aus dem VK führte.²⁹

Weitere Probleme in der Zusammenarbeit gab es auch an anderer Stelle: So verweigerte London dem dortigen EU-Botschafter die vollständige Anerkennung mit der Begründung, er sei ein Vertreter einer internationalen Organisation und nicht eines Staates.³⁰ Für das VK hatte diese Blockade Konsequenzen, da wiederum ihr Repräsentant bei der EU nicht zu Terminen mit UnionsvertreterInnen geladen wurde.³¹ Erst im Mai 2021 einigten sich beide Seiten in diesem Streitpunkt und dem EU-Botschafter in London wurden die Rechte, die denen eines Vertreters eines Staates entsprechen, zugebilligt.³²

Das größte und schwierigste Problem in den EU-britischen Beziehungen stellte jedoch die Umsetzung des Nordirland-Protokolls dar. Das Protokoll, das die Johnson-Regierung als Ersatz für den von ihr abgelehnten „Backstop“ als Teil des Austrittsvertrags 2019 mit der EU ausgehandelt hatte, sah eine Sonderregelung für Nordirland vor. Die Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland würde offengehalten werden können, da Nordirland – anders als Großbritannien – weiterhin EU-Binnenmarktregeln für den Güterhandel und den EU-Zollkodex anwenden würde. Dies würde allerdings eine Zoll- und regulatorische Grenze in der Irischen See zwischen Nordirland und Großbritannien zur Folge haben.³³ Keiner der nordirischen Abgeordneten im Londoner Unterhaus hatte 2019 dieser Art des Brexits zugestimmt, doch akzeptierte die Mehrheit von ihnen das Protokoll als die am wenigsten schlechte Lösung und versuchte es umzusetzen.³⁴ Auch nach der Einigung im Dezember 2020 zu Übergangsfristen im Zusammenhang mit dem „Internal Market Bill“ gingen die Streitigkeiten in der ersten Jahreshälfte 2021 weiter. Die britische Seite nutzte dafür vor allem die Entscheidung der Europäischen Kommission von Ende Januar 2021, Exportkontrollen zwischen Irland und Nordirland für Impfstoffe einzuführen. Dafür hatte sie sich auf Art. 16 des Nordirland-Protokolls berufen. Zwar hatte sie die Entscheidung am gleichen Tag wieder zurückgenommen, aber der britischen Regierung damit eine Vorlage geliefert, das Protokoll und dessen Umsetzung weiterhin infrage zu stellen und Änderungen zu fordern. So forderte London eine Verlängerung der mehrmonatigen Übergangsfristen für Lieferungen von Großbritannien nach Nordirland bis Januar

28 Bettina Schulz: Erfolgskurs mit Risiko, in: Die Zeit, 19.4.2021.

29 Manuel Müller: War die gemeinsame europäische Impfstoffbeschaffung ein Fehler?, in: Der (europäische) Föderalist, 23.3.2021, abrufbar unter: <https://www.foederalist.eu/2021/03/gemeinsame-beschaffung-corona-impfstoff.html> (letzter Zugriff: 30.6.2021).

30 James Landale: UK and EU in row over bloc's diplomatic status, in: BBC News, 21.1.2021.

31 Reuters: EU snubs UK envoy amid spat over diplomatic status, 28.1.2021.

32 Christina Gallardo: EU and UK reach deal after row over bloc's ambassador, in: Politico, 5.5.2021.

33 Birgit Bujard: Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2020, Baden-Baden 2020, S. 429–436, hier S. 430.

34 David Phinnemore: The Northern Ireland Protocol isn't perfect – but the UK and EU can make it work, in: The Guardian, 14.6.2021.

2023 und stellte selbst die Auslösung von Art. 16 zur Sicherung des Handels zwischen Großbritannien und Nordirland in Aussicht.³⁵ Nachdem die Regierung kein Ergebnis in Gesprächen mit der EU erreichen konnte, erklärte sie Anfang März 2021 die einseitige Verlängerung bestimmter Übergangsregeln für den Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland. Die Europäische Kommission reagierte ebenso verärgert wie das Europäische Parlament, welches daraufhin entschied, bis auf weiteres kein Datum für die noch ausstehende Ratifikation des Handels- und Kooperationsabkommens festzulegen.³⁶ Aufgrund der unilateralen Entscheidung leitete die Kommission erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das VK ein. Der Premierminister wiederum warf der EU Dogmatismus vor und drohte damit, das Protokoll komplett auszusetzen.³⁷ Bis Sommer 2021 konnten sich beide Seiten nicht auf eine Lösung einigen. Mitte Juni 2021 änderte die britische Regierung jedoch ihr Vorgehen und ersuchte formell bei der Europäischen Kommission um die dreimonatige Verlängerung der am 1. Juli 2021 auslaufenden Sonderregelung, der zufolge Kontrollen von Lieferungen gekühlter Fleischwaren von Großbritannien nach Nordirland, die in Nordirland verbleiben sollten, ausgesetzt waren. Die Europäische Kommission bestätigte die Prüfung der Anfrage.³⁸

Der Zusammenhalt des Vereinigten Königreichs

Seit dem Referendum von 2016 belastete der Brexit die Beziehungen zwischen London und den anderen Landesteilen des Königreichs. Dies änderte sich auch nicht in der zweiten Jahreshälfte 2020. Einer mehrerer Konfliktpunkte war das Binnenmarktgesetz: vor allem die Regierungen von Schottland und Wales kritisierten den Gesetzentwurf als eine Verschiebung von Kompetenzen, die eigentlich ihnen übertragen worden seien, nach London.³⁹

Auch stand die Unabhängigkeit Schottlands unverändert auf der politischen Agenda der Regierung in Edinburgh, die von der Scottish National Party (SNP) angeführt wird. Zwar hatte sie im März 2020 zunächst davon Abstand genommen, einen Gesetzesentwurf für ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum ins Parlament einzubringen, um sich auf die Pandemiebekämpfung zu konzentrieren. Im September 2020 kündigte Regierungschefin Nicola Sturgeon jedoch an, ihre Regierung werde vor der nächsten Wahl in Schottland im Mai 2021 genau dies tun. Da konstitutionell ein Referendum von London genehmigt werden muss, und die Johnson-Regierung ein solches ohnehin ablehnte, hatte dieses Vorhaben primär symbolpolitische Bedeutung.⁴⁰ Seit Sommer 2020 zeigten Umfragen in Schottland eine beständige Mehrheit für die Unabhängigkeit. Gründe dafür waren nicht nur die Ablehnung des Brexits durch die schottischen Wähler, sondern auch deren Wahrnehmung, dass unter Sturgeons Führung in Schottland eine kompetentere Pandemiebekämpfung stattgefunden habe als in England unter Johnson.⁴¹

35 Emilio Casalichio/Shawn Pogatchnik: Northern Ireland row is Brexit Groundhog Day as EU, UK keep talking, in: Politico, 3.2.2021.

36 Christina Gallardo: UK's new Brexit man makes his mark with Northern Ireland row, in: Politico, 4.3.2021.

37 Frankfurter Allgemeine Zeitung: EU-Parlament lenkt ein, 23.4.2021.

38 Shawn Pogatchnik: UK requests 3-month delay to Northern Ireland meat checks, in: Politico, 17.6.2021.

39 Peter Foster et al.: Devolved nations join chorus of anger over bill on internal market, in: Financial Times, 10.9.2021.

40 Mure Dickie: Sturgeon limbers up for second independence vote, in: Financial Times, 2.9.2020.

41 Financial Times: The battle is under way to save the UK union, 29.1.2021.

Bei den schottischen Parlamentswahlen im Mai 2021 gewann die SNP 64 Mandate – nur eines fehlte für eine eigene Mehrheit. Im Vergleich zu 2016 hatte sie einen Sitz dazu gewonnen und war zum vierten Mal in Folge stärkste Kraft im schottischen Parlament geworden. Die Konservativen konnten ihre Position als zweitstärkste Kraft vor der Labour-Partei halten.⁴² Die Wahl zeigte, dass die konstitutionelle Verfasstheit Schottlands nun zur dominanten Frage für die BürgerInnen geworden war. Sie zeigte aber auch, dass die schottische Wählerschaft in der Beantwortung dieser Frage in zwei etwa gleich große Lager gespalten war.⁴³

Auch in Wales zeigte sich bei den Regionalwahlen im Mai 2021, dass die politische Entwicklung in den vier Nationen des Königreichs unterschiedlich war und die Dominanz der Konservativen nur in England bestand. Hier wurde die Labour-Partei unter Führung von First Minister Mark Drakeford erneut stärkste Kraft und gewann sogar einen Sitz hinzu. Mit 30 Sitzen fehlte auch ihr nur ein Sitz zur eigenen Mehrheit.⁴⁴

In Nordirland stehen Wahlen erst für 2022 auf der Agenda. Hier war es die Umsetzung des Nordirland-Protokolls sowie das beständige Infragestellen des Protokolls durch die Johnson-Regierung in London, die dazu beitrugen, die ohnehin fragile politische Situation weiter zu destabilisieren. Das Protokoll wurde auf Seiten der Unionisten und Loyalisten als Gefahr für den Platz Nordirlands in der britischen Union abgelehnt. Bei mehrtägigen loyalistischen Unruhen in Belfast und anderen nordirischen Städten im April 2021 wurde es als einer der Gründe dafür herangezogen.⁴⁵ Ende April erklärte die Parteivorsitzende der Democratic Unionist Party (DUP) und Ministerpräsidentin Nordirlands Arlene Foster ihren Rücktritt. Die DUP hatte den Brexit befürwortet, allerdings einen gefordert, der für alle Landesteile gleich sein sollte. Foster hatte nun die Unterstützung ihrer Fraktionen im nordirischen und im Londoner Parlament verloren, vor allem wegen der Auswirkungen des Brexits in Nordirland und des Unvermögens, das bei den eigenen WählerInnen unpopuläre Nordirland-Protokoll zu verhindern.⁴⁶ Die DUP – lange Zeit die dominante politische Kraft in Nordirland – hatte ihre Führungsrolle eingebüßt und lag im Mai 2021 gleichauf mit der Alliance Party, die keine der Konfliktparteien repräsentierte, bei 16 Prozent, während die nationalistische Sinn Féin nun 25 Prozent auf sich vereinte.⁴⁷ Mitte Mai 2021 gewann Landwirtschaftsminister Edwin Poots, Vertreter des konservativen christlichen Flügels der DUP, knapp die Wahl um den Parteivorsitz. Er machte sogleich seine Ablehnung des Nordirland-Protokolls klar.⁴⁸ Poots, eine zentrale Figur bei der Rebellion gegen Foster, blieb allerdings nur drei Wochen an der Spitze der Partei. Um seinen präferierten Kandidaten für den Posten des First Minister, Paul Givan, durchsetzen zu können, war gemäß des Karfreitagsabkommens die Zustimmung von Sinn Féin nötig. Diese forderte im Gegenzug die Verabschiedung eines lang zugesagten Gesetzes zur Gleichstellung der irischen mit der englischen Sprache in Nordirland, welches die DUP und Poots lange

42 Philip Sim: Scottish elections 2021: Results in maps and charts, in: BBC News, 9.5.2021.

43 John Curtice: The Constitutional Questions Dominates: How Scotland Voted in 2021, 19.5.2021, abrufbar unter <https://whatscotlandthinks.org/2021/05/the-constitutional-question-dominates-how-scotland-voted-in-2021/> (letzter Zugriff: 17.6.2021).

44 The Guardian: 2021 election results: latest from local, Scottish and Welsh votes, 9.5.2021.

45 Lisa O'Carroll: Northern Ireland unrest: why has violence broken out, in: The Guardian, 8.4.2021.

46 Gareth Gordon/Stephen Walker: Arlene Foster to quit DUP after leaving leadership roles, in: BBC News, 30.4.2021.

47 James Ward: Support for DUP falls to 16% after Poots elections, poll shows, in: The Irish Times, 22.5.2021.

48 Rory Carroll: Edwin Poots elected DUP leader to succeed Arlene Foster, in: The Guardian, 14.5.2021.

schon ablehnten. Da es aber im Falle einer Vakanz des nordirischen Ministerpräsidentenposten zu Neuwahlen kommen würde und die Johnson-Regierung dies vermeiden wollte, bekam Sinn Féin aus London die Unterstützung für die Verabschiedung eines solchen Gesetzes in Westminster im Gegenzug zur Zustimmung zu Givan als First Minister. Poots schritt daraufhin mit der Ernennung Givans voran und verlor darüber die Unterstützung seiner Fraktion. Er trat am 17. Juni 2021 vom Parteivorsitz zurück.⁴⁹

Fazit

Auch nach dem Abschluss des Abkommens mit der EU über das neue Verhältnis kam das Vereinigte Königreich nicht zur Ruhe. Als Auswirkungen des von der Regierung gewählten harten Brexits ab Januar 2021 sichtbar wurden, bemühte sich diese zumeist darum, sie als Resultat eines unflexiblen und unfairen Verhaltens der EU darzustellen. Für eine Johnson-Regierung, die ihre große Mehrheit 2019 einer Koalition von „Leave“-Wählern zu verdanken hat, die nicht viel mehr eint als ihre Ablehnung der EU, mag es innenpolitisch attraktiver sein, weiterhin ein schwieriges Verhältnis zur Union zu haben. So kann sie weiter die EU für negative Entwicklungen verantwortlich machen, in der europaskeptischen Presse damit punkten, dass sie sich dem großen Nachbarn entgegenstellt, und muss keine politische Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen übernehmen, die zu diesem sehr distanzierten Verhältnis und den daraus resultierenden Konsequenzen geführt haben. Die Johnson-Regierung scheint zudem nur geringes Interesse an den nicht-englischen Landesteilen zu haben und beispielsweise bereit zu sein, eine Destabilisierung der ohnehin fragilen politischen Situation in Nordirland in Kauf zu nehmen, um aus ideologischen Gründen einen möglichst harten Schnitt mit der EU durchsetzen zu können.

Weiterführende Literatur

The UK in a Changing Europe (Hrsg.): *Brexit and Beyond*, 2021, abrufbar unter: <https://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2021/01/Brexit-and-Beyond-report-compressed.pdf> (letzter Zugriff: 7.9.2021).

Katy Hayward: *What do we know and what should we do about the Irish border?*, London 2021.

Jannike Wachowiak/Fabian Zuleeg: *The EU–UK Partnership and Implications for Differentiation Within the EU and Between the EU and Third Countries*, in: *EU IDEA Research Paper 10/2021*.

49 Shawn Pogatchnik: *Leader of Northern Ireland's DUP resigns after three weeks*, in: *Politico*, 18.6.2021.